

Ratsfraktion Aufbruch! Sankt Augustin

Rede von Wolfgang Köhler, Fraktionsvorsitzender des Aufbruch! Sankt Augustin am 3. März 2010 anlässlich der 4. Sitzung des Rates der Stadt Augustin

- es gilt das gesprochene Wort -

Herr Bürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen, meine Herren,

was bleibt mir für den Aufbruch! zu sagen, wo doch – fast – alles gesagt ist und alles – fast – wie immer ist?

Ich könnte heute, ohne dass dies großartig auffallen würde, wesentliche Teile meiner letzten beiden Haushaltsreden wiederholen, und sie würden weitgehend zutreffen.

Ich könnte auch die Rede des Haupt-Geschäftsführers des NRW Städte- und Gemeindebundes vortragen, die er kürzlich in Rheinbach gehalten hat; und auch die würde weitgehend zutreffen.

Damit sage ich zweierlei,

1. dass sich bei uns in Sankt Augustin nicht viel geändert hat und
2. dass wir einen großen Teil unserer Probleme mit allen Kommunen in NRW teilen.

Was hat sich geändert?

- Geändert hat sich, dass wir in den meisten Produktbereichen die Ziele und die zur Ziel-erreichung notwendigen Maßnahmen definiert haben. Deshalb haben wir jetzt etwas, das einem Haushalt nach NKF nahe kommt. Ich sage "nahe kommt", 1.) weil wir bei einer Reihe von Produkten noch immer keine Einigkeit hinsichtlich der Zieldefinition und der Kennzahlen haben. Die Regierungsfractionen waren nicht einmal in der letzten HaFA-Sitzung – nach **einem** Jahr des Brütens - in der Lage, für die letzten paar Produkte verbindliche Ziel-Aussagen zu machen. 2.) ist der Haushalt immer noch auf unsicherer Grundlage erstellt, weil er nicht auf einer Eröffnungsbilanz gründet.
- Geändert hat sich auch, dass wir jetzt eine einsame Spitze von 16 Mio. Haushaltsdefizit erreicht haben. – Nur, um es mal so nebenbei erwähnt zu haben.

Vieles hat sich in Sankt Augustin nicht geändert.

- Nur graduell hat sich die Verschuldungslage der Stadt verändert: nach wie vor stehen wir bei den Banken mit deutlich über 100 Mio. in der Kreide. Damit ist Sankt Augustin wieder in einer Haushaltslage, die der Stadt den eisernen Zügel der Haushaltsbewirtschaftung durch die Kommunalaufsicht beschert.

Dazu habe ich übrigens 2008 gesagt: "Jeder kann sich ausmalen, wie schnell wir ohne strukturelle Veränderungen wieder erhebliche Defizite in den mageren Jahren anhäufen werden."

Und strukturelle Veränderungen gegenüber den Vorjahren können wir nicht entdecken.

- Nicht geändert hat sich das schwarz-gelbe Gebaren bei den Haushaltsberatungen – mit **einem** kleinen Unterschied, nämlich dass es dieses Mal die verheißungsvolle Ankündigung gab, die CDU biete Kooperation an. **Sensationell!** weil **genau** das Notwendige in einer desolaten Haushaltslage. Kooperation gab es in den letzten Jahren nie, allerdings wurde sie auch nicht angekündigt. Dieses Mal es gab sie nicht, obwohl angekündigt.

Da sind Ihnen, Herr Schell, als Neuling wohl etwas die Gäule durchgegangen!

Was tatsächlich passierte, ist, dass CDU und FDP in einmütiger Beratungsresistenz gegenüber den Vorschlägen vom anderen politischen Ufer verharrten, mochten die Fakten und die Begründungen auch noch so stichhaltig sein.

- So wurde zwar dem verstärkten Einsatz eigenen Personals das Wort geredet, aber unser Antrag, die 600.000 Euro Gutachter- und Beratungskosten einer 10-%igen Kürzung zu unterwerfen, fand keine Gegenliebe.
- Zu erwähnen auch: die Hilfen zur Erziehung. Hier rät sogar die als restriktiv bekannte Gemeinde-Prüfungsanstalt zu zwei zusätzlichen Stellen. Aber die Mehrheit meint – na was wohl? – wir lassen dazu erst mal ein Gutachten machen.
- Eine Verringerung der eingeplanten Zahl der Rats- und Ausschuss- und Kommissionssitzungen auf das Maß der Vorjahre hätte 40.000 Euro einsparen können.
- Geht nicht? Geht doch!
- Beispiel: Hätten die beiden Koalitionsfraktionen ihre Haushaltsberatungen rechtzeitig zu Ende gebracht, hätten wir uns die Einladung zu einer Sondersitzung des HaFA sparen können.
- Wenigstens hat sich die Koalition erbarmt und ist in reduziertem Umfang den Anträgen von Aufbruch!; Grünen und SPD gefolgt, für neue Stühle in den Sitzungssälen und Reparatur des Fußbodens im Ratssaal **nicht** 120.000 Euro auszugeben.

Zwischendurch einmal ein paar Worte zu den haushaltsrechtlichen Regelungen, die uns aufgegeben sind: Der **eigentlich** nicht notwendige Kauf neuer Stühle für die Sitzungsräume gilt als **kommunale** Pflichtaufgabe!

Dagegen werden die Mittel zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit als **freiwillige** Aufgaben eingestuft, die von der Kommunalaufsicht beanstandet werden können.

Nochmal zum Mitdenken überspitzt gesagt: Der Landrat kann uns die vorbeugend wirkende Kinder- und Jugendhilfe verbieten. Er kann uns aber **nicht** verbieten, uns bequemere oder auch nur modernere Sessel zu kaufen.

- Ansonsten wird immer wieder Klientelpolitik gemacht: Eine Mitgliedschaft im Verein <Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung e. V.> oder der Erwerb des Zertifikates, dass Sankt Augustin eine mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung ist; oder die Brauchtums- und die Senioren-Veranstaltungen. Nur wenige tausend Euro – aber symptomatische.
- Nicht geändert hat sich, dass es keine Perspektive zum Strukturwandel gibt, keine Ansätze zu alternativen Finanzierungsoptionen (wie etwa ein Bürgerfonds oder eine Öffentlich Gemeinnützige Projektpartnerschaft wie z. B. in Fürth), keine Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Beratungen über den Nahverkehrsplan, keine Einbeziehung in die Beratungen über den Haushalt und – in Hinsicht auf Haushalt – keine Visionen.

Ja Visionen waren sogar wohl ausgesprochen unerwünscht - sonst hätten wir nämlich ab dem Sommer 2010 eine Gesamtschule.

(Dabei glaube ich übrigens dem Bürgermeister, dass er zumindest in dieser Hinsicht eine Vision gehabt hat.)

Was ist zu tun, um die Lage der Stadt zu verbessern? Oder sie zumindest nicht schlechter werden zu lassen?

Wir finden: Dr. Schneider, der Haupt-Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, beschreibt unsere Lage trefflich, wenn er die Lage der 359 Kommunen in NRW charakterisiert.

Und wir finden auch einen Teil seiner Lösungsvorschläge richtig.

Er sagt über die "schwerste Finanzkrise [der Kommunen] seit dem 2. Weltkrieg":

Einnahmen brechen ein, Ausgaben explodieren, Kassenkredite steigen.

Seine Diagnose für das Einbrechen der Einnahmen:

1. Sinkende Steuer-Einnahmen aus Gewerbesteuer und Einkommensteuer (auf Grund der Krise)

2. Weiteres Absinken der Steuereinnahmen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz
3. Verringerte Finanz-Zuweisungen des Landes

Das Problem sind jedoch laut Dr. Schneider nicht die sinkenden Einnahmen, sondern die explodierenden **Ausgaben**. Dafür sind im Wesentlichen vier Aufgaben verantwortlich, die von den Kommunen zu erledigen sind, die aber eben **keine kommunalen**, sondern **gesamtgesellschaftliche Aufgaben** sind:

- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Kosten der Unterkunft,
- Grundsicherung im Alter und
- Pflegehilfe.

Die **steigenden** Kosten dieser vier Aufgaben ereilen uns entweder per Gesetz **direkt** oder **indirekt** über die Landschaftsverbandsumlage.

Für diese Kosten-Steigerungen ist zum Teil das Altern der Gesellschaft verantwortlich. Aber der **Letztverantwortliche** ist der Gesetzgeber, der diese Aufgaben den Kommunen zuweist und sie dann bei deren Erledigung finanziell im Regen stehen lässt. Deshalb nennt Dr. Schneider die chronische Unterfinanzierung der Kommunen ein strukturelles Problem. Und womit? Mit Recht!

Denn, wenn wir einmal unsere Differenzen bei den Haushaltsberatungen außer Acht lassen, kommen wir doch nicht um folgende Erkenntnis herum: Egal welcher Couleur unsere Bundes- und Landesregierungen jeweils waren, sie haben immer nach demselben Muster ihre eigene Politik schön-geredet und ihre Haushalte schön-gerechnet, nämlich indem sie Aufgaben und Kosten auf die Kommunen abgewälzt haben.

Aber Schwarz-Gelb übertreibt es sogar nach Einschätzung von CDU-Mitglied Dr. Schneider: "Schwarz-Gelb ergießt ein Füllhorn kostenträchtiger Ankündigungen über diese Republik." Und: "Der Bund gaukelt dem Bürger vor, dass alle Ebenen unseres Staates mit immer weniger Geld immer mehr Aufgaben erfüllen können." Und die Bürgerinnen und Bürger? Sie freuen sich, wenn das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ihnen Steuer-Erleichterungen verheißt. Aber dann bleibt 99 % von ihnen, wie Kabarettist Volker Pispers sagt, der Jubel im Halse stecken, wenn ihnen klar wird, dass sie gar kein Hotel besitzen.

Angesichts dieser Analyse finden wir, dass wir als Stadt Sankt Augustin Dr. Schneiders fünf Punkte zur Behebung der strukturellen Krise der Kommunen lautstark unterstützen müssen:

1. Mitfinanzierung der Soziallasten durch den Bund,
2. finanzielles Notprogramm des Landes,
3. gesetzlicher Anspruch der Kommunen auf finanzielle Mindestausstattung,
4. umgehungssicheres Konnexitätsprinzip,
5. Abbau von Pflichtaufgaben

Abschließend werfe ich die Frage auf: Was wir **diesseits** dieser fünf Punkte tun können – denn wir werden auf ihre Realisierung wohl sehr, sehr lange warten müssen.

Unsere Diagnose: Wir müssen

- Anspruchsdenken überwinden
- und Realitätssinn fördern.

Das allerdings – und das sage ich ganz zum Schluss, weil uns das Wichtigste ist – das geht nur, wenn wir endlich, endlich die Bürgerinnen und Bürger umfassend an fachlichen Beratungen und an Haushaltsberatungen beteiligen.

Andere Städte machen es uns vor. Ich verweise auf

- Quickborn in Schläfrig-Holstein (20.000 Einw.) und
- Illingen im Saarland (18.000 Einw.)

Also: Geht nicht? Gibt's nicht!

Lassen Sie es uns **gemeinsam** anpacken.